



Die Kirche muss politisch sein

Wer religiösen Institutionen Abstimmungsparolen verbieten will, verkennt ihren Wesenskern. Das heisst aber nicht, dass alle staatlichen Privilegien für die Kirchen noch angebracht sind.

Von Simon Hehli

Sie soll sich raushalten! Das ist die Botschaft, die konservative Politiker an die Kirche senden. Mehrere katholische SVP-Nationalräte, unter ihnen Natalie Rickli und Claudio Zanetti, haben der Zürcher Kantonalkirche den Rücken gekehrt und überweisen ihren Obolus seit einiger Zeit direkt an Bischof Huonder, ihren Bruder im Geiste. CVP-Präsident Gerhard Pfister gründet mit Gleichgesinnten einen Think-Tank, der den Klerikern erklären soll, wann sie reden dürfen und wann sie zu schweigen haben. Was die Kritiker eint: Sie halten es nicht für opportun, dass Kirchenvertreter in der Tagespolitik mitmischen und Abstimmungsempfehlungen abgeben.

Doch sie verkennen, dass die Kirche gar nicht anders kann. Das Christentum verdankt seinen Siegeszug in den letzten 2000 Jahren nicht nur der Erlösungsaussicht für den Einzelnen, sondern gerade auch der gesellschaftlichen Sprengkraft seiner Botschaft. Schon Jesus und seine Jünger begehrten auf gegen die Mächtigen ihrer Zeit, sie agierten also auch politisch. Im Alten und besonders im Neuen Testament geht es um die Bewahrung der Schöpfung, um Nächstenliebe, um die Würde und die Gleichheit des Menschen, um den Schutz der Schwachen und Armen, letztlich um eine gerechte Gesellschaft. Wer die Bibel ernst nimmt und sich in der Nachfolge Jesu sieht, muss auf eine Verwirklichung dieser Ideale hinarbeiten. Und dies nicht erst im Jenseits.

Jeder ist frei, für einen harten Umgang mit Flüchtlingen zu plädieren oder den Schutz der Natur für unwichtig zu halten. Wer jedoch gegen Fremde polemisiert und andere Menschen herab-

setzt, wer sich selbstgerecht um das Wohl der Benachteiligten schert: Der kann sich kaum Christ nennen, ohne als Heuchler dazustehen. Immerhin soll der Religionsstifter Sätze gesagt haben wie: «Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufge-

Das Christentum verdankt seinen Siegeszug in den letzten 2000 Jahren nicht nur der Erlösungsaussicht für den Einzelnen, sondern gerade auch der gesellschaftlichen Sprengkraft seiner Botschaft.

nommen.» Oder: «Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt» – eine Kritik, welcher der grosszügige moderne Wohlfahrts- und Umverteilungsstaat übrigens voll Rechnung trägt.

Katholiken ecken häufiger an

Es ist kein Zufall, dass sich besonders SVP-Leute oft mit den kirchlichen Positionsbezügen schwertun und darin sozialistisches Geschwätz erkennen. Eine Mitschuld am angespannten Verhältnis tragen aber



auch Kirchenvertreter, welche die Rechtspartei gerne provozieren und damit mutwillig den Graben vergrössern. Etwa wenn Weihbischof Peter Henrici findet, ein guter Christ könne die SVP nicht wählen. Oder wenn Charles Martig, Direktor des Katholischen Medienzentrums, Natalie Rickli vorwirft, sie wolle als SRG-Kritikerin den Service public zerstören. Und ihr deswegen abspricht, eine gute Katholikin zu sein. Ebenfalls kein Zufall ist, dass bei solchen Reibereien die Reformierten meist aussen vor bleiben. Sie ecken seltener an, dies auch, weil ihre ideologische Bandbreite geringer ist: Den konservativen Part haben sie grösstenteils an die Freikirchen ausgelagert, die Landeskirchen selber tummeln sich im gesellschaftlichen Mainstream.

Dass es bei den Katholiken anders aussieht, ist vor allem eine Folge des spezifisch schweizerischen dualen Systems. Die kantonalen Körperschaften als Parallelstruktur zur eigentlichen katholischen Weltkirche sind demokratisch organisiert und geben sich betont progressiv. Es sind denn auch Vertreterinnen dieser «Kantonalkirchen» wie die Zürcherin Franziska Driessen, welche die Konservativen regelmässig zur Weissglut treiben. Gleichzeitig finden aber auch linke Mitglieder stets genug Anlass, sich zu enervieren. Es geht dann eher um den Klerus und dessen Verharren in der Vergangenheit. So traten im November mehrere prominente Feministinnen aus der Kirche aus, weil Papst Franziskus Abtreibung mit Auftragsmord gleichgesetzt hatte und der Vatikan in Sachen Gender oder Homosexualität nicht vorankommt.

Die Theologin und FDP-Politikerin Béatrice Acklin Zimmermann, die zusammen mit Gerhard Pfister den Think-Tank «Kirche/Politik» gegründet hat, treibt etwas anderes um: Sie befremdet, dass Kirchenleute ihre Autorität in Politikfragen von einer höheren Macht ableiteten. Es sei selbstgerecht, auf dem moralischen Hochsitz zu insinuierten, man wisse, was richtig und was falsch sei, sagte sie im «Tages-Anzeiger». Doch das reicht kaum zur Rechtfertigung eines Maulkorbs.

Kein Diktat von der Kanzel

Jede Institution mit klarer Weltanschauung und Sendungsbewusstsein definiert für sich selber die Grenzen zwischen «richtigen» und «falschen» Haltungen. Da unterscheiden sich die Kirchen nicht von den Parteien. Was mündige Bürgerinnen und Bürger mit solchen Informationen anstellen, ist ihre Sache. Die Zeiten, in denen der Pfarrer von der Kanzel herab diktierte, was auf dem Abstimmungs-

zettel zu stehen habe, sind zum Glück schon längst vorbei. Dennoch dürfen und sollen sich die Kirchen in die Meinungsbildungsprozesse einbringen.

Dass sie weiterhin zu den bedeutenden gesellschaftlichen Akteuren zählen, steht nämlich ausser Frage. Der Glaube an einen personalen Gott schwindet zwar rasant, doch noch ist eine klare Mehrheit der Bevölkerung katholisch oder reformiert. So bleibt es relevant, wenn die Kirchen gegen eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten opponieren, weil sie den Schutz des Sonntags höher einstufen als die Gewerbefreiheit. Oder wenn sie für die Energiewende sind, weil sie die Folgen der Klimaerwärmung fürchten.

Entscheidend ist weniger die Frage, wie weit die Kirchen sich in die Politik einmischen dürfen. Sondern vielmehr, ob sie in Zeiten voranschreitender Säkularisierung Sonderrechte noch erhalten sollen. Die enge Verzahnung von Staat und Religion, die einst vor allem für die reformierten Gebiete typisch war, ist zwar Geschichte. Aber Überreste haben sich in den meisten Kantonen erhalten. Vielerorts treibt der Staat die Kirchensteuern ein und überweist Katholiken und Reformierten üppige Finanzmittel aus der Staatskasse und den Unternehmenssteuern. Und in Walliser oder Luzerner Klassenzimmern hängen nach wie vor Kruzifixe.

Die Frage ist berechtigt, ob eine solche Privilegierung noch angebracht ist. Die atheistischen Freidenker fordern eine konsequente Trennung von Staat und Religion – und ihre Argumente lassen sich nicht so einfach vom Tisch wischen. Tatsächlich muss sich der Staat religiös neutral verhalten, ebenso seine Repräsentanten. Eine Lehrerin soll weder ein Kreuz um den Hals noch ein Tuch auf dem Kopf tragen dürfen. Ein Anachronismus ist angesichts des schnell wachsenden Anteils an Nichtkirchenmitgliedern auch der christlich-theologisch fokussierte Religionsunterricht, wie ihn noch einzelne Kantone kennen. Er muss ersetzt werden durch ein Fach, das auf sachliche und unparteiische Art Kenntnisse über alle grossen Weltreligionen und deren Geschichte vermittelt.

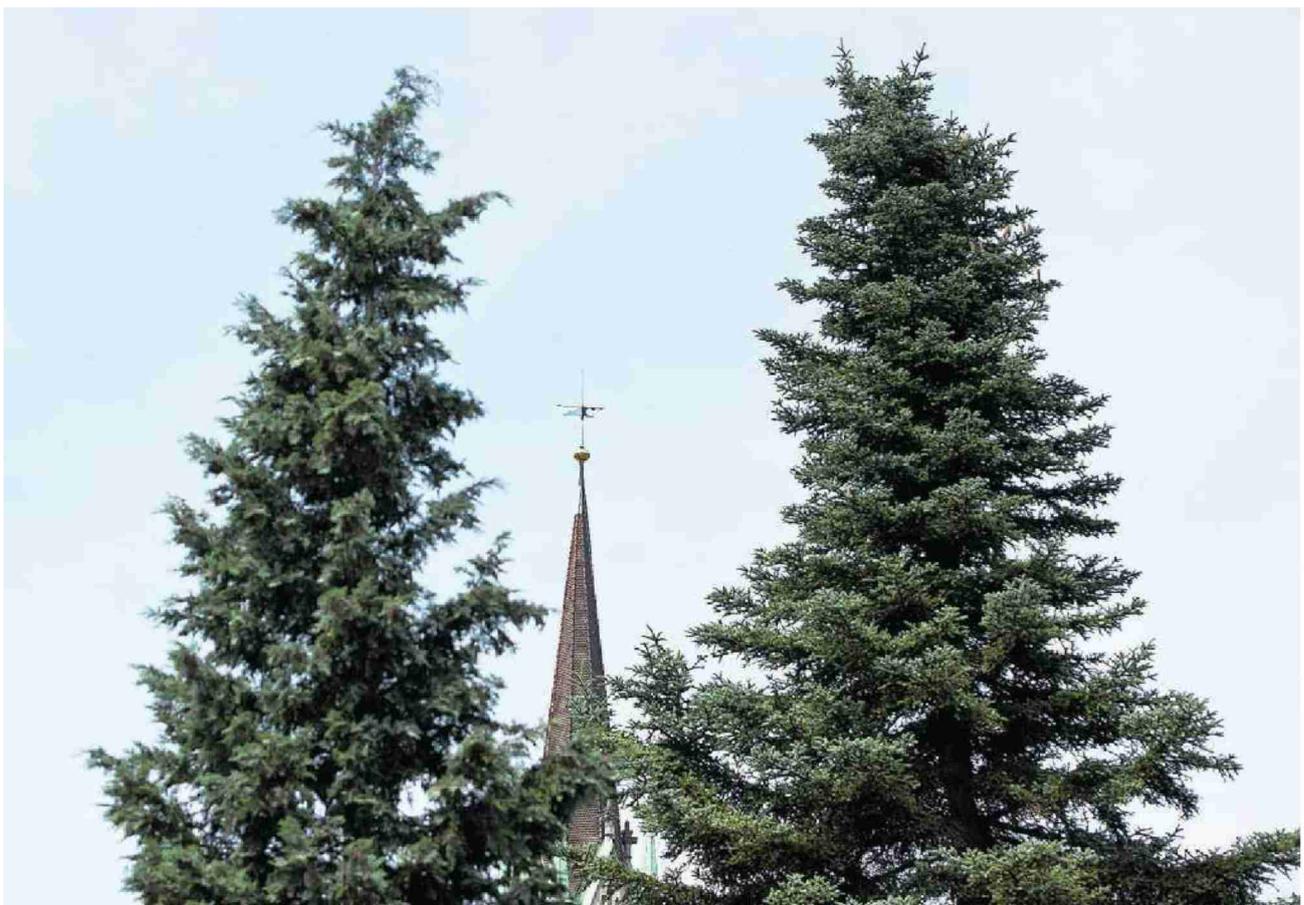
Der heutigen gesellschaftlichen Realität angemessen wäre es zudem, wenn in Spitälern oder Gefängnissen neben reformierten und katholischen konsequent auch säkulare und muslimische Seelsorger zum Einsatz kämen. Auf der finanziellen Ebene ist eine Reform vorstellbar, dank der die Eigner von Unternehmen künftig selber entscheiden könnten, ob sie einen Teil ihrer Steuern den Kirchen zukommen lassen wollen – oder lieber einer anderen caritativen Einrichtung.



Wenn die Freidenker behaupten, die beiden grossen Kirchen seien bloss zwei NGO unter vielen, ignorieren sie allerdings die kulturgeschichtliche Bedeutung und den Rückhalt, den die Institutionen in der Bevölkerung nach wie vor geniessen. Der (Sozial-) Staat hat viele Aufgaben übernommen, die einst die Kirchen erledigten, etwa die Pflege von Kranken oder die Armenfürsorge. Doch nach wie vor kümmern sich die religiösen Gemeinschaften um Randständige und Einsame. Neben ihrer Funktion als Ratgeber in ethischen Belangen ist dieses soziale Engagement die zweite zentrale Rolle der Kirchen. Das anerkennen viele Leute und bezahlen allein darum ihre Kirchensteuern, selbst wenn sie selber keine solchen Leistungen beanspruchen und seit Jahren kei-

nen Gottesdienst mehr besucht haben.

Doch dieses Klima des Wohlwollens kann sich ändern, wenn in 20 oder 30 Jahren nur noch ein Drittel der Bevölkerung einer der Landeskirchen angehören sollte. Die Zahl der Taufen und kirchlicher Hochzeiten ist bereits jetzt eingebrochen, die Erosion durch Austritte geht ungebremst weiter. Seit der Jahrtausendwende ist die Anzahl der Konfessionslosen von 11 auf 26 Prozent gestiegen. Mittagstische, Seniorenabende oder Bach-Konzerte in sakraler Umgebung werden nicht ausreichen, damit die Kirchen ihre gesamtgesellschaftliche Relevanz erhalten können. Finden Reformierte und Katholiken keine Antworten, werden sie ihren Sonderstatus eines Tages einbüssen.



Die Kirche steht mit ihren Positionen nicht über anderen Akteuren. Sich politisch äussern soll sie trotzdem dürfen.

SIMON TANNER / NZZ